

John Holloway

Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat

1. Welcher Staat?

Dieser Artikel ist aus einem Kurs zur »Krise des Wohlfahrtsstaates« erwachsen, den ich an der Maestría de Ciencias Sociales der FLACSO (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales, Mexiko City) gehalten habe.¹ Über die Krise »des Wohlfahrtsstaates« oder die Reform »des Staates« in einem internationalen Zusammenhang zu sprechen, führt sofort zur Frage »Welcher Staat? Wo?«. Für jemanden, der den größten Teil seines Lebens in Europa verbracht hat, gibt es ein weiteres Problem: Wie relevant sind Gedanken, die in Europa über »den Staat« entwickelt wurden, für Leute, deren wesentlicher Bezugspunkt der paraguayische, bolivianische oder argentinische Staat ist? Die Antwort kann nur in Richtung eines Begriffs der Fragmentierung einer vereinten Welt liegen. Dieser Artikel ist ein Versuch, diesen Begriff zu entwickeln.

2. Der Staat

Schon die Begriffe einer »Reform des Staates« oder der »Krise des Wohlfahrtsstaates« verweisen auf den Umstand, daß wir etwas Gemeinsames in der Entwicklung verschiedener Staaten ausmachen und daher behaupten, eine Analyse, die sich an einem bestimmten Staat orientiert, sei unzureichend. Die Staaten scheinen recht unterschiedliche, separate Einheiten zu sein, und dennoch sprechen wir von der Reform »des Staates« als ob es nur einen Staat gebe, womit wir unterstellen, daß es eine Art Einheit dessen gibt, was als getrennt erscheint. Wie können wir den Zusammenhang verstehen zwischen der Entwicklung verschiedener Staaten als Einheit des Disparaten, als Einheit-in-Diparität/Disparität in Einheit »des Staates« - und der Vielzahl verschiedener Staaten?

¹ Ursprünglich auf Spanisch erschienen in *Perfiles Latin Americanos*, No.1, FLACSO, Mexico City, Juli 1992. Das Thema der Nummer ist die Reform des Staates in Lateinamerika. (Übersetzung der englischen Version, a.d.Ü.)

In der Tradition politischer Wissenschaft wird der Staat als grundlegende und weitgehend selbstverständliche Kategorie betrachtet. Die überwältigende Mehrzahl der Arbeiten in dieser Disziplin nimmt sich einen bestimmten Staat als fast ausschließlichen Bezugsrahmen und analysiert politische Entwicklungen, als ob sie in rein nationalen Begriffen verstanden werden könnten. Dies gilt besonders für Arbeiten aus den Vereinigten Staaten und Europa, wo die Theoretiker es sich immer noch im Mythos nationaler Selbstgenügsamkeit bequem machen: Es ist z.B. auf der Linken wie auf der Rechten üblich, »Thatcherismus« oder »Reaganismus« als rein nationale Phänomene zu analysieren und nicht als Teil einer globalen Verschiebung im Verhältnis von Staat und Kapital. In Lateinamerika ist den Leuten der globale Zusammenhang, in dem die aktuellen Veränderungen stattfinden, viel klarer, aber in gewissem Sinne beschränkt und bestimmt die selbstverständliche Kategorie »des Staates« immer noch die Debatte.

Wenn der Staat als Ausgangspunkt genommen wird, erscheint die Welt (sofern sie überhaupt erscheint) als die Summe der Nationalstaaten. Trends oder Entwicklungen, die über die Grenzen eines Staates hinausgehen, werden entweder in Begriffen zwischenstaatlicher Beziehungen (wie in der Tradition der »Fachdisziplin« »Internationale Beziehungen«) oder durch Analogiebildungen (wie in der »Fachdisziplin« »Vergleichende Politik«) diskutiert. Beide gehen nicht von einem Begriff der Einheit der Nationalstaaten aus, sondern von deren Trennung: Gemeinsame Entwicklungstendenzen können nur verstanden werden als Teil des zwischenstaatlichen Netzwerks an Machtbeziehungen, die entweder direkt zwischen den Staaten ausgeübt werden oder mittels Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds; oder sie werden verstanden unter Rekurs auf Ähnlichkeiten zwischen Staaten, was Ideen, politische Institutionen oder gesellschaftliche Strukturen anbelangt - wie in der gegenwärtig einflußreichen Regulationstheorie mit ihren nationalspezifisch definierten Begriffen des Fordismus und Postfordismus.

Sicher spielen zwischenstaatliche Pressionen oder der Druck internationaler Organisationen, sowie institutionelle und theoretische Moden eine prägende Rolle bei der Entwicklung des Staates, doch reichen sie nicht aus, um die Tiefe und die globale Dimension der gegenwärtig stattfindenden Veränderungen zu erklären. Die Veränderungen etwa mit dem Druck des IWF zu erklären, verschiebt das Problem bloß auf eine andere Ebene: Was steckt hinter der politischen Orientierung und dem Einfluß des IWF? Ebenso wirft eine Erklärung der Veränderungen des Einflusses neoliberaler Vorstellungen einfach die Frage auf, warum neoliberales Denken einen derartigen Einfluß in verschiedenen Ländern gerade zu dieser Zeit gewonnen hat. Vergleichende Analysen, die sich auf das Vorkommen ähnlicher

sozio-ökonomischer Veränderungen in den verschiedenen Ländern konzentrieren, wie in der regulationistischen Analyse des Fordismus, bringen uns etwas weiter, aber die Analogien, obwohl verlockend, sind im allgemeinen skizzenhaft und oberflächlich (Clarke 1988/1991). Um zu einem zufriedenstellenden Verständnis der gegenwärtig stattfindenden Entwicklungen in den verschiedenen Ländern zu kommen, scheint es uns daher nötig, über die Kategorie »des Staates« oder vielmehr über die Trennung der verschiedenen Staaten hinauszugehen, um eine Möglichkeit zu finden, ihre Einheit zu erörtern.

Hier bietet sich die Dependenztheorie als verlockende Alternative an, sofern sie den einheitlichen Charakter der Welt betont und auf einem Verständnis des Handelns einzelner Staaten im Kontext der bipolaren Beziehung von Zentrum und Peripherie beharrt, wobei die Peripherie der Ausbeutung durch das Zentrum ausgesetzt ist. Hier findet sich ein Begriff der Einheit separater Staaten, sofern sie alle Elemente einer bipolaren Welt sind. Allerdings bleibt die Analyse sehr staatsorientiert, sofern das »Zentrum« und die »Peripherie« als »zentrale Staaten« und »periphere Staaten« begriffen werden. In diesem Sinne ist die Dependenztheorie eng verwandt mit der Tradition des Faches »Internationale Beziehungen«: Obwohl die Betonung auf dem Primat des Weltsystems gegenüber den einzelnen Staaten liegt, wird das Weltsystem im Grunde als ein internationales Staatensystem verstanden, mit den Staaten des Zentrums als den herrschenden Akteuren, wobei der einzig mögliche Weg aus der Abhängigkeit im Handeln der peripheren Staaten besteht (vgl. Dabat 1992 für eine ähnliche Kritik). Wie in der *Mainstream*-Tradition definiert der Staat eine Unterscheidung zwischen Innen und Außen, wobei der Unterschied in der Dependenztheorie darin liegt, daß die Betonung (bezüglich der abhängigen Staaten) stark auf den äußeren und nicht auf den inneren Determinanten des staatlichen Handelns liegt. Entwicklungen wie etwa die staatlichen Reformen in den peripheren Staaten können in dieser Perspektive nur in Begriffen externer Zwänge verstanden werden, die aus dem Verhältnis von Zentrum und Peripherie erwachsen, aber es gibt keinen Begriff, der es uns ermöglicht, die Dynamik dieser Beziehung zu verstehen.

3. Der Staat als eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse

Jeder Staat verkündet seine Eigenständigkeit gegenüber anderen Staaten, seine nationale Souveränität. Um zu verstehen, was es uns ermöglicht, von der Krise oder der Reform »des Staates« zu sprechen, als ob es nur einen Staat gebe, müssen wir diese Eigenständigkeit aufweichen, den Staat als Kategorie auflösen.

Den Staat als Kategorie auflösen heißt, den Staat nicht als etwas Eigenständiges zu verstehen, sondern als eine gesellschaftliche Form, eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse. In der Physik haben wir inzwischen akzeptiert, daß es nichts absolut Eigenständiges gibt, daß Energie in Masse verwandelt werden kann und Masse in Energie; ebenso gibt es in der Gesellschaft keine absoluten Trennungen, keine harten Kategorien. Wissenschaftlich zu denken heißt, die Denkkategorien aufzulösen, alle gesellschaftlichen Phänomene als ebensolche zu verstehen, als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse. Gesellschaftliche Verhältnisse, Verhältnisse zwischen Menschen, sind flüssig, unvorhersehbar, instabil, oft leidenschaftlich, aber sie verfestigen sich zu bestimmten Formen, Formen die eine eigene Autonomie zu gewinnen scheinen. Die verschiedenen akademischen Disziplinen nehmen diese Formen (Staat, Geld, Familie) als gegeben hin und tragen damit zu ihrer scheinbaren Solidität und daher zur Stabilität der kapitalistischen Gesellschaft bei. Wissenschaftlich zu denken bedeutet, diese Disziplinen zu kritisieren, diese Formen aufzulösen, sie als Formen zu verstehen; frei zu handeln heißt, diese Formen zu zerstören.

Der Staat ist also eine verfestigte (oder, um den von Marx gebrauchten Begriff zu borgen, »fetischisierte«) Form gesellschaftlicher Verhältnisse. Er ist ein Verhältnis zwischen Menschen, das nicht als ein solches erscheint, ein gesellschaftliches Verhältnis, das in der Form eines den gesellschaftlichen Verhältnissen Äußerlichen existiert. Dies ist der Ausgangspunkt für ein Verständnis der Einheit aller Staaten: alle sind verfestigte, scheinbar autonome Formen gesellschaftlicher Verhältnisse.

Aber warum verfestigen sich gesellschaftliche Verhältnisse auf diese Weise und inwiefern hilft uns diese Einsicht, die Entwicklung des Staates zu verstehen? Dies war die Frage, die von der sogenannten »Staatsableitungsdebatte« gestellt wurde, eine etwas eigentümliche, aber sehr wichtige Diskussion, die sich in den 70er Jahren von Westdeutschland aus auf andere Ländern ausdehnte.² Die Debatte war insofern eigentümlich, als sie in einer äußerst abstrakten Sprache geführt wurde, oft ohne daß die politischen und theoretischen Implikationen der Argumentation offengelegt wurden. Die Dunkelheit der Sprache und die Tatsache, daß die Teilnehmer Folgerungen aus der Debatte häufig nicht entwickelten (oder sich ihrer nicht bewußt waren), setzte die Debatte Mißverständnissen aus, und der Ansatz wurde oft als »ökonomische« Theorie des Staates oder als »kapital-

2 Zur Staatsableitungsdebatte und ihrer Verbreitung vgl. etwa Holloway und Picciotto 1978; Clarke 1991 (Großbritannien); Vincent 1975 (Frankreich); Perez Sainz 1981 (Spanien); *Criticas de la Economía Política* 1979, 1980; Sánchez Susarrey 1986 (Mexiko); Archila 1980; Royas und Moncayn 1980 (Kolumbien); Fausto 1987 (Brasilien).

logisch« abgetan, der versuche, die politische Entwicklung als einen funktionalen Ausdruck der Logik des Kapitals zu verstehen. Während diese Kritik an manchen Beiträgen zu Recht geübt werden kann, bestand die Bedeutung der Debatte insgesamt darin, daß sie eine Grundlage lieferte, um vom ökonomischen Determinismus und Funktionalismus loszukommen, der so viele Diskussionen zum Verhältnis von Staat und kapitalistischer Gesellschaft beeinträchtigt hat, und den Staat nun als Element, oder besser, Moment der Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft zu diskutieren.

Der Brennpunkt der Debatte über den Staat als besonderer *Form* gesellschaftlicher Verhältnisse ist der entscheidende Bruch mit dem ökonomischen Determinismus, der z.B. im Basis-Überbau-Modell (und dessen strukturalistischen Varianten) beschlossen liegt. Das Augenmerk auf die Funktionen des Staates nimmt die Existenz des Staates als gegeben hin. Es gibt im Basis-Überbau-Modell keinen Platz, um nach der Form des Staates zu fragen, zu fragen warum gesellschaftliche Verhältnisse sich zur scheinbar autonomen Form des Staates verfestigen. Nach der Form des Staates zu fragen heißt, die Frage nach seiner historischen Besonderheit aufzuwerfen: Die Existenz des Staates als eines Etwas, das von der Gesellschaft getrennt ist, ist der kapitalistischen Gesellschaft eigen, wie es die Existenz des »Ökonomischen« als eines von offen zwangsförmigen Klassenverhältnissen Unterschiedenen ist (Gerstenberger 1990). Die Frage lautet daher nicht: Wie determiniert das Ökonomische den politischen Überbau? Sie lautet vielmehr: Was ist das Besondere an den gesellschaftlichen Verhältnissen des Kapitalismus, das die Verfestigung (oder Besonderung) gesellschaftlicher Verhältnisse in Form des Staates bedingt?³ Ihr Gegenstück ist die Frage: Was bedingt die Konstitution des Ökonomischen und des Politischen als unterschiedlicher Momente derselben gesellschaftlichen Verhältnisse? Die Antwort ist sicher, daß es etwas Besonderes mit dem gesellschaftlichen Antagonismus auf sich hat, auf dem der Kapitalismus (wie jede Klassengesellschaft) beruht. Unterm Kapitalismus beruht der gesellschaftliche Antagonismus (das Verhältnis zwischen Klassen) auf einer

3 Die Staatsableitungsdebatte hat die Frage wiederbelebt, die Pashukanis 1923 gestellt hat: »Warum bleibt die Herrschaft einer Klasse nicht das, was sie ist, d.h. die faktische Unterwerfung eines Teils der Bevölkerung unter den anderen? Warum nimmt sie die Form einer offiziellen staatlicher Herrschaft an oder - was dasselbe ist - wird der Apparat des staatlichen Zwangs nicht als der privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an?« (Pashukanis 1970, S.119f.). Diese Frage kostete Pashukanis schließlich das Leben, da die Schlußfolgerung aus ihr, nämlich daß der Staat eine spezifisch kapitalistische Form der gesellschaftlichen Beziehungen ist, unvereinbar war mit Stalins Versuch, einen staatlichen »Sozialismus in einem Land« aufzubauen.

Form der Ausbeutung, die nicht offen vonstattengeht, sondern vermittelt ist durch den »freien« Kauf und Verkauf der Arbeitskraft als einer Ware auf dem Markt. Diese Form der Klassenverhältnisse setzt eine Trennung von unmittelbarem Ausbeutungsprozeß, der auf der »Freiheit« der Arbeiter beruht, und dem Prozeß der Aufrechterhaltung der Ordnung in einer Ausbeutungsgesellschaft voraus, der die Möglichkeit von Zwang in sich birgt (vgl. Hirsch 1974/1978).

Den Staat als Form gesellschaftlicher Verhältnisse zu betrachten, heißt offensichtlich, daß die Entwicklung des Staates nur verstanden werden kann als Moment der Entwicklung der Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse: sie ist ein Teil der antagonistischen und krisengeschüttelten Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Als eine Form kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse hängt seine Existenz ab von der Reproduktion dieser Verhältnisse. Er ist daher nicht nur ein Staat in einer kapitalistischen Gesellschaft, sondern ein kapitalistischer Staat, da seine eigene Fortdauer an die Förderung der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse insgesamt geknüpft ist. Die Tatsache, daß er als besondere oder verfestigte Form gesellschaftlicher Verhältnisse existiert, heißt allerdings, daß die Beziehung zwischen Staat und Reproduktion des Kapitalismus komplex ist: Es kann nicht, in funktionalistischer Manier, angenommen werden, daß alles, was der Staat tut notwendig im besten Interesse des Kapitals ist, noch daß der Staat das Erforderliche für die Reproduktionssicherung der kapitalistischen Gesellschaft leisten kann. Das Verhältnis von Staat und Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse ist eines von Versuch und Irrtum.

Vom Staat als einer verfestigten Form gesellschaftlicher Verhältnisse zu sprechen, heißt, sowohl von seiner Trennung von wie von seiner Einheit mit der Gesellschaft zu sprechen. Die Trennung oder Verfestigung (oder Fetischisierung) ist ein Prozeß, der ständig wiederholt wird.⁴ Die Existenz des Staates impliziert einen beständigen Prozeß der Abtrennung bestimmter Aspekte gesellschaftlicher Verhältnisse, deren Definition als »politischer« und daher vom »Ökonomischen« getrennter. Der Antagonismus, auf dem die Gesellschaft beruht, wird damit fragmentiert: Kämpfe werden in politische und ökonomische Formen kanalisiert, von denen keine Raum läßt für Fragen zur Struktur der Gesellschaft als Ganzer. Ein deutliches Beispiel dafür ist gegenwärtig Venezuela, wo die Stabilität der vorhandenen Gesellschaft sehr stark von der Fähigkeit abhängt, die soziale Unzu-

4 Es kann nicht angenommen werden, wie Jessop (1991) dies tut und Hirsch zumindest in seinen späteren Arbeiten zu tun scheint, daß die Besonderung des Staates ein Prozeß ist, der in der Ursprungszeit des Kapitalismus vollendet wurde. Zur Kritik an Jessop vgl. Holloway (1991).

friedenheit in die etablierten Prozeduren des politischen Systems zu kanalisieren, von der Fähigkeit, einer schlecht artikulierten Ablehnung der bestehenden Ordnung bestimmte Definitionen aufzuprägen. Dieser Prozeß der Durchsetzung von Definitionen für gesellschaftliche Kämpfe ist zugleich ein Prozeß der Verfestigung gesellschaftlicher Verhältnisse, und durch diesen Prozeß wird der Staat andauernd neu konstituiert als eine Instanz, die von der Gesellschaft getrennt ist (Holloway 1980/1991; 1991).

4. Nationalstaaten als Formen der globalen Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse

»Der Staat« wird damit doppelt aufgelöst: er ist keine Struktur, sondern eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse; er ist keine völlig fetischisierte Form, sondern ein Prozeß der Formung (Fetischisierung) gesellschaftlicher Verhältnisse (und daher ein anhaltender Prozeß der Selbstkonstitution). Aber die Diskussion bewegt sich immer noch auf der Ebene »des Staates«: Bisher ist nichts zu der Tatsache gesagt worden, daß »der Staat« nicht ein Staat ist, sondern eine Vielheit von Staaten. Wie ansonsten sympathisierende Kritiker des Staatsableitungsansatzes ausgeführt haben (Barker 1978/1991), von Braummühl 1974; 1978) »behandelt die Debatte den Staat, als ob er nur im Singular existiere. Der Kapitalismus ist jedoch ein Weltsystem von Staaten, und die Form, die der kapitalistische Staat annimmt, ist die des Nationalstaates« (Barker 1978/1991, 204).

Auf einer Ebene ging diese Kritik fehl, weil die Staatsableitungsdebatte sich nicht um das Verständnis eines bestimmten Staates drehte, sondern um das Verständnis des »Staatlichen« oder besser »des Politischen«. Die Ableitung »des Politischen« aus der Natur der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse abstrahierte von der Existenz »des Staates« nur in dessen Form einer Vielheit von Staaten. Im Zusammenhang der Analyse der allgemeinen Beziehung von Staat und Gesellschaft war es, wie Picciotto bemerkt, »gängig, eine Korrelation zwischen der Gesellschaft und ihren Klassen und dem Staat innerhalb dieser Gesellschaft anzunehmen.«⁵ Gängig oder nicht, dieser Punkt wurde in der Debatte nie klar gemacht, und das Ergebnis war eine schwerwiegende Vermischung von »Staat« im Sinne des »Politischen« (im folgenden einfach als »das Politische« bezeichnet) und

5 »Es gibt eine Tendenz in der marxistischen Analyse des Staates, das Augenmerk auf den Staat zu legen, den einzelnen Staat. Diese Tendenz herrscht vermutlich stärker in der marxistischen als in der nichtmarxistischen Literatur, da die marxistische Betonung der Klassennatur des Staates es notwendig macht, den Staat im Verhältnis zur Struktur der Gesellschaft zu diskutieren, und es wird gängig, eine Korrelation zwischen der Gesellschaft und ihren Klassen und dem Staat innerhalb dieser Gesellschaft anzunehmen.«

»Staat« im Sinne des mexikanischen, argentinischen oder deutschen Staates (im folgenden als »Nationalstaat« bezeichnet).⁶ Dies führte zu einer Verarmung des Begriffs »des Politischen« und trug auch zu einigen Schwierigkeiten bei, die Debatte weiterzuführen, nachdem die allgemeinen theoretischen Argumente einmal vorgebracht waren.

Welches sind die Konsequenzen dieser Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Nationalstaat? Das Politische, so wurde erkannt, ist ein Moment der Totalität kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse. Sind die Grenzen des staatsorientierten Denkens einmal verlassen, ist es klar, daß die Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse nur verstanden werden kann als globale (weltweite) Totalität. Die globale Natur der Gesellschaft ist nicht das Ergebnis der jüngsten »Internationalisierung« des Kapitals (ein Begriff, der das Verlassen einer historisch und logisch primären nationalen Gesellschaft impliziert), sondern ist der Natur des Kapitalismus von Anfang an inhärent (vgl. von Braunmühl 1978; Clarke 1991; Picciotto 1985/1991). Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Produzenten und Konsumenten, zwischen Finanzleuten und Industriellen überschreiten allesamt nationale Grenzen. Kapital ist seiner Natur nach ein globales Verhältnis.

Das Politische ist daher ein Moment eines globalen Verhältnisses, aber es kommt zum Ausdruck nicht durch die Existenz eines globalen Staates, sondern in der Existenz einer Vielheit von scheinbar autonomen Nationalstaaten. Das Politische ist fragmentiert: Diese Fragmentierung ist grundlegend für ein Verständnis des Politischen, ein entscheidendes Element, das verlorengelht, wenn angenommen wird, daß Gesellschaft und Staat deckungsgleiche Begriffe sind. Die Welt ist keine Summierung von Nationalstaaten, nationalen Kapitalismen oder nationalen Gesellschaften; vielmehr löst die fragmentierte Existenz des Politischen als Vielheit von Nationalstaaten die Welt in viele scheinbar autonome Einheiten auf.

Die Unterscheidung von Politischem und Nationalstaat gibt dem Begriff des Staates damit eine neue Dimension als Prozeß der Fetischisierung oder Verfestigung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Dekomposition der Weltgesellschaft in Nationalstaaten ist nicht etwas, das vollendet ist, sobald nationale Grenzen festgelegt sind. Im Gegenteil, alle Nationalstaaten befinden sich in einem ständig wiederholten Prozeß der Auflösung globaler gesellschaftlicher Beziehungen: mittels Bekundungen nationaler Souveränität, Bekenntnissen zur »Nation«, Fahnenzeremonien, dem Abspielen der

6 In diesem Sinne hat Colin Barker (1978/1991, S. 208) ganz recht, wenn er einen Artikel von Sol Picciotto und mir kritisiert (Holloway und Picciotto 1977/1991) und meint, »ihr ganzer Artikel handelt von einer Abstraktion namens »der Staat«, der Zusammenhang mit den tatsächlichen Staaten des kapitalistischen Systems nicht adäquat entwickelt ist«.

Nationalhymne, administrativer Diskriminierung von »Ausländern«, mittels Krieg. Je schwächer die gesellschaftliche Basis dieser nationalen Dekomposition der Gesellschaft - wie etwa in Lateinamerika - desto offener ihre Ausdrucksformen. Diese Dekomposition der Weltgesellschaft ist ein entscheidendes Element bei der Fragmentierung der Opposition gegen die kapitalistische Herrschaft, durch die Dekomposition der Arbeiterschaft als einer Klasse.

Der Nationalstaat ist also wesentlich eine Form der Fragmentierung der Weltgesellschaft. In diesem Licht gesehen gibt es eine grundlegende territoriale Nichtübereinstimmung zwischen dem Staat und der Gesellschaft, auf die er bezogen ist. Die von Picciotto erwähnte »gängige« Annahme einer Korrelation von Staat und Gesellschaft ist ganz einfach falsch. Jeder Nationalstaat ist ein Moment der Weltgesellschaft, eine territoriale Fragmentierung einer Gesellschaft, die sich über die gesamte Welt ausdehnt. Kein Nationalstaat, ob »reich« oder »arm«, kann unter Absehung von seiner Existenz als Moment des globalen Kapitalverhältnisses verstanden werden. Die so oft getroffene Unterscheidung von »abhängigen« und »nicht abhängigen« Staaten fällt in sich zusammen. Alle Nationalstaaten sind - historisch und immer von neuem - definiert durch ihre Beziehung zur Totalität kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse. Die Unterscheidung, die z.B. Evers in seiner Weiterentwicklung des Staatsableitungsansatzes für die kapitalistische »Peripherie« trifft, zwischen »zentralen« Staaten, in denen es eine »gesellschaftliche Identität der ökonomischen und politischen Sphäre gibt« und den »peripheren« Staaten, wo es diese Identität nicht gibt (Evers 1979, S. 77-79), ist völlig wertlos. Trotz der nationalen Orientierung der meisten Theoretiker in den »reicheren« Ländern ist die Existenz des Nationalstaates als eines Moments des globalen Kapitalverhältnisses nicht weniger entscheidend für das Verständnis etwa des Thatcherismus in Großbritannien als für das Verständnis des neoliberalen Vormarschs in irgendeinem sogenannten »peripheren« Land (wie Bonefeld 1990 überzeugend zeigt).

Dies heißt nicht, daß das Verhältnis von globalem Kapital und Nationalstaaten überall dasselbe ist. Im Gegenteil, obwohl alle Nationalstaaten als Momente des globalen Verhältnisses konstituiert sind, sind sie besondere und nichtidentische Momente dieser Beziehung. Die Fragmentierung der Welt in nationale Gesellschaften bedeutet, daß jeder Staat eine spezifische territoriale Definition hat und daher eine spezifische Beziehung zu den Leuten auf seinem Territorium, von denen er einige (normalerweise, aber nicht immer die Mehrheit: Südafrika, Kuwait) als seine »Staatsbürger« definiert, den Rest als »Ausländer«. Diese territoriale Definition bedeutet,

daß jeder Staat eine anderes Verhältnis zu den globalen Kapitalverhältnissen hat.

Die territoriale Definition bedeutet auch, daß jeder Staat auf eine Weise unbeweglich ist, die scharf mit der Mobilität des Kapitals kontrastiert. Der Nationalstaat kann seine Grenzen nur unter Schwierigkeiten ändern, während Kapital sich in Sekunden von einer Seite der Erde zur andern bewegen kann. Während Nationalstaaten fest sind, ist Kapital wesentlich flüssig, und es fließt überall hin, wo die größten Profite zu machen sind. Natürlich gibt es Hindernisse für diesen Strom, Grenzen der Mobilität. Die Reproduktion von Kapital hängt entscheidend von seiner (vorübergehenden) Immobilisierung in Form von produktivem Kapital ab, wozu seine Verkörperung in Maschinen, Arbeitskraft, Land, Gebäuden und Waren gehört. Andere Hindernisse bremsen ebenfalls den freien Kapitalfluß, etwa staatliche Regelungen oder Monopolsituationen, aber in seiner allgemeinsten und abstraktesten Form ist Kapital als Geld global, flüssig und schnell. Geld kennt keine persönlichen oder nationalen Gefühle.

Das Verhältnis von Nationalstaat und Kapital ist das Verhältnis eines national fixierten Staates zu einem weltweit mobilen Kapital. In diesen Begriffen müssen sowohl die Beziehung zwischen dem Nationalstaat und der Welt als auch die Beziehungen zwischen Nationalstaaten formuliert werden. Dies ist wichtig, weil es besonders auf der Linken gängig war, das Verhältnis von Staat und Kapital zu diskutieren, als ob das Kapital unbeweglich, als ob es an bestimmte Aktivitäten, Orte oder Personen gebunden sei. Dies führt dann zu Analysen der politischen Entwicklung in Begriffen des Konflikts zwischen Kapitalfraktionen (Textilkapital vs. Chemiekapital z.B., oder Finanzkapital vs. Industriekapital), als ob das Kapital irgendwie an eine bestimmte Aktivität gefesselt sei (vgl. Clarke 1978), oder führt zur Diskussion des Staates als einer Art Fusion, Einheit oder Verknüpfung von Staat und »nationalem Kapital«, als ob das Kapital irgendwie an einen bestimmten Teil der Welt gebunden sei. Die Verbindungen von Staat und Kapital werden aufgezeigt anhand von Familienbanden, persönlichen Beziehungen, der Existenz militärisch-industrieller Komplexe, und diese Verbindungen werden theoretisiert, als ob sie die kapitalistische Natur des Staates aufzeigten (wie in Miliband 1969). Oder die Verknüpfung wird begriffen als eine Fusion des Staates und der Monopole (wie in staatsmonopolistischen Kapitaltheorien), oder als die Formierung konkurrierender Staatskapitale (wie in Staatskapitaltheorien, z.B. Barker 1978/19917), oder klassisch imperialismustheoretisch. All diese Ansätze behan-

7 Obwohl Barkers Kritik an den Beschränkungen der Staatsableitungsdebatte im Grunde richtig ist, sind seine Schlußfolgerungen zur Notwendigkeit der Analyse des Nationalstaates in Begriffen konkurrierender Staatskapitale somit ganz falsch.

deln das Kapital, als ob es hinsichtlich seiner personellen, institutionellen oder lokalen Ankerpunkte verstanden werden könnte, anstatt diese Ankerpunkte als Übergangsmomente zu behandeln, als Haltepunkte im unaufhörlichen Fluß von Kapital. Sicher existieren persönliche, institutionelle und politische Verbindungen zwischen Gruppen von Kapitalisten und Nationalstaaten, aber »Gruppen von Kapitalisten« sind nicht das Kapital, und häufig sehen sich Nationalstaaten gezwungen, die Verbindungen mit ihren kapitalistischen Freunden abzubrechen, um die Reproduktion des Kapitals insgesamt zu sichern (Hirsch 1974/1978). Die relative Immobilität des Nationalstaates und die extrem hohe Mobilität des Kapitals machen es unmöglich, eine derart einfache Beziehung zwischen Nationalstaat und irgendeinem besonderen Teil des Weltkapitals zu behaupten (Murray 1971; Picciotto 1985/1991).

Die Konkurrenz zwischen Staaten und die wechselnden Positionen der Nationalstaaten im Verhältnis zum globalen Kapital können daher nicht angemessen in Begriffen der Konkurrenz zwischen »nationalen Kapitalen« diskutiert werden. Die Diskussion darf nicht von der Immobilität des Kapitals, sie muß von seiner Mobilität ausgehen. Insofern die Existenz jedes Nationalstaates nicht nur von der Reproduktion des Weltkapitalismus, sondern auch von der Reproduktion des Kapitalismus innerhalb seiner Grenzen abhängt, muß er sich bemühen, Kapital anzuziehen, und wenn dies gelungen ist, das Kapital auf seinem Gebiet festzuhalten.⁸ Der Konkurrenzkampf zwischen Nationalstaaten ist kein Kampf zwischen nationalen Kapitalen, sondern ein Kampf zwischen Staaten um die Anziehung und/oder den Erhalt eines Teils des Weltkapitals (und daher eines Teils des globalen Mehrwerts). Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Nationalstaat versuchen, günstige Bedingungen für die Reproduktion des Kapitals innerhalb seiner Grenzen zu sichern (durch die Bereitstellung von Infrastruktur, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, die Erziehung und Regulation von Arbeitskräften, usw.), sowie dem Kapital, das innerhalb seiner Grenzen operiert, internationale Unterstützung zu gewähren, weitgehend unabhängig von der Staatsangehörigkeit der legalen Eigner dieses Kapitals.

In diesem Konkurrenzkampf werden hegemoniale und untergeordnete Positionen errichtet, aber eine hegemoniale Position befreit Staaten nicht von der globalen Konkurrenz um die Attraktion und den Erhalt von Kapital. Relativ hegemoniale oder unterworfenen Positionen beruhen letztlich auf der Existenz mehr oder weniger günstiger Bedingungen für die Kapitalakkumulation auf den verschiedenen staatlichen Territorien: von daher der

⁸ Das Ausmaß, in dem bestimmte Staaten diese Grenzen in revolutionären Situationen durchbrechen können, würde eine besondere Diskussion erfordern, die hier nicht unternommen wird.

langfristige Niedergang Großbritanniens als einer Hegemonialmacht und die gegenwärtige Instabilität der internationalen Position der Vereinigten Staaten. Die Bedingungen für die Kapitalakkumulation hängen wiederum von den Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeitskräfte durch das Kapital ab, aber es gibt hier keine direkte Bindung an das Staatsgebiet. Kapital kann auf dem Territorium eines Nationalstaates akkumulieren aufgrund der Ausbeutung der Arbeit auf dem Territorium eines anderen Staates - wie im Falle kolonialer oder neokolonialer Situationen, aber auch in Fällen, wo sich Staaten durch Steuervergünstigungen oder andere Anreize zu attraktiven Orten der Kapitalakkumulation machen (gute Beispiele sind die Cayman-Inseln und Liechtenstein).

Nationalstaaten konkurrieren also darum, einen Teil des weltweit produzierten Mehrwerts auf ihr Territorium zu ziehen. Der Antagonismus zwischen ihnen ist nicht Ausdruck der Ausbeutung der »peripheren« durch die »zentralen« Staaten (wie die Dependenztheoretiker behaupten), sondern drückt die (äußerst ungleiche) Konkurrenz zwischen ihnen um die Anziehung (oder die Bewahrung) eines Teils des globalen Mehrwerts auf ihr Territorium aus. Aus diesem Grunde haben alle Staaten ein Interesse an der globalen Ausbeutung der Arbeitskraft. Es stimmt, wie Dependenztheoretiker behaupten, daß Nationalstaaten nur im Hinblick auf ihre Existenz in einer bipolaren Welt verstanden werden können, die durch Ausbeutung bestimmt ist, aber die Ausbeutung ist keine Ausbeutung von armen Ländern durch reiche Länder, sondern von globaler Arbeit durch globales Kapital, und die Bipolarität ist keine von Zentrum und Peripherie, sondern von Klassen, eine Bipolarität, in der *alle* Staaten, qua ihrer von der Reproduktion des Kapitals abhängigen Existenz selbst, am kapitalistischen Pol verortet sind.

Die Beziehung zwischen Nationalstaaten ist als externe Beziehung nicht angemessen verstanden, obwohl sie sich als solche darstellt. Wenn der Nationalstaat ein Moment des globalen Kapitalverhältnisses ist, dann können weder das globale Kapitalverhältnis (»internationales Kapital«) noch andere Staaten adäquat als ihm äußerlich begriffen werden. Beim Versuch, die Entwicklung eines Nationalstaates zu verstehen, stellt sich daher nicht das Problem, zwischen den »externen« Determinanten der staatlichen Entwicklung (beliebt bei den Dependenztheoretikern im Falle der »peripheren« Staaten) und den »internen« Determinanten (wie von der Regulationstheorie bevorzugt (Hirsch 1992)) zu wählen. Auch kann die staatliche Entwicklung nicht verstanden werden als Ergebnis einer Kombination von endogenen und exogenen Triebkräften, die Lösung, um die sich Dabat (1992) bemüht. Die Unterscheidungen von innen/außen, intern /extern, endogen/exogen reproduzieren die scheinbare Autonomie von Nationalstaaten und

verstärken damit die mörderische Verhärtung gesellschaftlicher Verhältnisse, die nationale Grenzen darstellen, aber sie sind als Erklärung der staatlichen Entwicklung nicht angebracht. Alle Nationalstaaten manipulieren die intern/extern-Unterscheidung als wichtiges Element praktischer Politik. Alle Staaten z.B., die Abmachungen mit dem IWF getroffen haben, präsentieren die Ergebnisse solcher Vereinbarungen als extern auferlegte, während sie in Wirklichkeit Teil der »nationalen« politischen Konflikte sind, oder vielmehr der nahtlosen Integration des nationalen und globalen politischen Konflikts. Dies gilt gleichermaßen für die Vereinbarungen, die dem britischen Staat im Jahr 1976 »auferlegt« wurden (ein bedeutender Sieg der Rechten in Großbritannien), wie für jene, die Venezuela »auferlegt« wurden und ein wichtiger Teil der Strategie des venezolanischen Staates sind, die Gesellschaft zu restrukturieren, um günstigere Bedingungen für die Kapitalakkumulation zu schaffen. Das globale Kapital ist Cochabamba oder Zacatlan oder selbst Santana do Agreste nicht »äußerlicher« als es New York, Tokio oder London ist, obwohl die Formen und Folgen seiner Präsenz sich enorm unterscheiden.

Das Verständnis der Entwicklung des Nationalstaates kann keine Frage der Untersuchung interner und externer Determinanten sein, sondern des Versuchs einzusehen, was es heißt, daß der Nationalstaat ein Moment des globalen Kapitalverhältnisses ist. Vorderhand bedeutet dies, daß die Entwicklung eines bestimmten Staates nur im Kontext der globalen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse, deren Bestandteil er ist, verstanden werden kann. Die »globale Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse« ist kein logischer Prozeß oder etwas »da draußen«, sondern das historische Ergebnis eines Konflikts, der, obwohl fragmentiert, global ist. Die Struktur dieses Konflikts (letztlich die Form der Abhängigkeit des Kapitals von Arbeit) erzeugt gewisse Entwicklungsrhythmen, die am klarsten in der Krisentendenz des Kapitals zum Ausdruck kommen (vgl. Holloway 1992). Allerdings ist das Verhältnis jedes bestimmten Nationalstaats zur globalen Entwicklung komplex. Obwohl die Tatsache, daß alle Nationalstaaten Momente desselben globalen Verhältnisses sind, in gemeinsamen Entwicklungsmustern zum Ausdruck kommt, wie es im Thema »Reform des Staates« zum Ausdruck kommt, bedeutet die Unterschiedlichkeit der Beziehungen von Nationalstaaten zum globalen Kapital, daß die Formen, die die Kämpfe um die Entwicklung des globalen Kapitals annehmen, und daher die Entwicklung der Nationalstaaten, sich immens unterscheiden können. Was zunächst als gemeinsame Entwicklung erscheint (die Reform des Staates z.B.) verdeckt häufig eine große Zahl verschiedener (und konkurrierender) Strategien, eine neu definierte Beziehung zum globalen Kapital im Restrukturierungsprozeß zu erlangen.

Es gibt bei alledem keinen Platz für Funktionalismus. Eines der Probleme im Zusammenhang mit der Analyse des »kapitalistischen Staates« in der Einzahl war, daß sie sehr leicht zu der funktionalistischen Annahme führte, daß der Staat, da kapitalistisch, die vom Kapital erforderten Funktionen ausübe. Wie in den Ausführungen zur »Staatsableitungsdebatte« erläutert, ist dies schon auf der Ebene »des Staates« eine nicht zu rechtfertigende Schlußfolgerung, aber die Schwäche des funktionalistischen Arguments wird viel deutlicher, wenn man sich klarmacht, daß das Kapital global ist und »der Staat« eine Vielheit von Nationalstaaten ist: Aus der Tatsache, daß die Reproduktion des globalen Kapitals durch bestimmte politische Manöver befördert werden könnte, kann nicht gefolgert werden, daß einem oder mehreren Staaten das Erforderliche gelingen wird (Picciotto 1985 / 1991). Es kann nicht vorausgesetzt werden, daß das Kapital seine Krisen immer lösen wird.

5. Die Reform des Staates: Nationale Politik der globalen Überakkumulation

Der Nationalstaat ist gebunden, das Kapital bewegt sich global. Kapital fließt weltweit, aber in jedem bestimmten Moment hat es eine territoriale Verankerung, sei es auf dem Konto eine Finanzinstitution oder in den Steinen, aus denen eine Fabrik gebaut ist. Die verschiedenen Staaten konkurrieren, um den Fluß des Kapitals anzuziehen und stillzustellen. Das Verhältnis bestimmter Nationalstaaten zum globalen Kapital ist durch diese Konkurrenz um Attraktion und Einbindung vermittelt. Dieses Verhältnis könnte man sich als eine Reihe von Staubecken vorstellen, die darum konkurrieren, ein Maximum an Wasser aus einem mächtigen und weitgehend unkontrollierbaren Strom anzuziehen und zu halten.

Wie die Flußmetapher nahelegt, kontrollieren die Nationalstaaten nicht den Gesamtdruck, die Geschwindigkeit und das Fließvolumen des Wassers. Diese Faktoren können nur verstanden werden, wenn man weiß, was den Fluß des Wassers überhaupt in Gang setzt. Die Nationalstaaten, die Staubecken unserer Metapher, können nur auf Veränderungen der Höhe und Strömung des Flusses reagieren.

Die großen Veränderungen der Organisation des Staates und seines Begriffes in den letzten etwa fünfzehn Jahren, nicht nur in Lateinamerika, sondern weltweit, sind die Antwort auf eine radikale Veränderung des Kapitalstroms.

Um den Wandel des Kapitalstroms zu verstehen, müssen wir zu seiner Quelle gehen, den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die Form, die der Kapitalstrom annimmt, hängt ab von den Bedingungen kapitalistischer

Produktion. Der Kapitalstrom ist unaufhörlich, aber nicht undifferenziert. Kapital fließt durch verschiedene funktionale Formen, existiert mal als Geld, mal als produktives Kapital, das sich in den Produktionsmitteln und der eingesetzten Arbeitskraft verkörpert, mal als Ware. Jede Form hat verschiedene Auswirkungen auf die Geschwindigkeit der geographischen Mobilität. Kapital in Form von Geld kann in Sekunden von London nach Tokio fließen. Kapital in Form von Produktivkapital, das sich in Maschinen, Gebäuden, Arbeitskräften usw. verkörpert, ist geographisch viel weniger mobil. Kapital in Form von Waren findet sich unter diesem Gesichtspunkt offensichtlich irgendwo zwischen den anderen beiden Formen. Bei alledem spielt das Produktivkapital eine entscheidende Rolle, da die Produktion die einzige Quelle des Mehrwerts und daher der Reproduktion und Expansion des Kapitals ist. Allerdings ist das Kapital blind für solche theoretischen Betrachtungen: Es fließt in die Form, die die größten Profite zu bieten scheint, die besten Expansionsmöglichkeiten. Daher wird, wenn die Produktion keine guten Profite bietet und die Warenmärkte gesättigt sind, das Kapital in die Geldform fließen. Das Ergebnis ist ein radikaler Wandel der Mobilität des Kapitals. Im Kern hat dies während der letzten zwanzig Jahre stattgefunden, und hier liegt der Schlüssel zu den Veränderungen der Organisation der Nationalstaaten.

Die Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg und die Vorkriegsdepression, zusammen mit der Erfahrung des Faschismus in einer Reihe von Staaten, haben global günstige Bedingungen für die kapitalistische Produktion geschaffen. Die etwa fünfundzwanzig Jahre nach dem Krieg waren allgemein eine Periode hohen und stetigen Wachstums auf der Basis der Profitabilität kapitalistischer Produktion. Natürlich war der Geldstrom wichtig, aber er spielte gegenüber der Produktionsentwicklung eine untergeordnete Rolle. Die sich daraus ergebende relative Stabilität des Kapitals schuf die Basis für die Entwicklung eines bestimmten Typs von Beziehungen zwischen Nationalstaaten und globalem Kapital und verlieh dem Bild einer aus »nationalen Ökonomien« bestehenden Welt Glaubwürdigkeit. Die relative Stabilität erzeugte auch ein Umfeld, in dem möglich war, daß die nach dem Krieg erzielten internationalen Abkommen die ökonomischen Beziehungen der Nationalstaaten regulierten. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang das Abkommen von Bretton Woods, das, indem es ein System fester Wechselkurse einführte, in gewissem Maße die Geldströme zwischen den Nationalstaaten regulierte und daher Nationalstaaten zu einem bestimmten Grad von der globalen Bewegung des Kapitals abschirmte (vgl. Bonefeld 1990; Holloway 1992a). Diese relative Abschottung, die auf der relativen Stabilität des Produktivkapitals beruhte und durch internationale Regelungen und nationale politische Kontrolle der

Kapitalbewegung verstärkt wurde, lieferte die Grundlage für die staatsorientierte Politik dieser Periode, sei es die Politik des keynesianischen Wohlfahrtsstaates oder die Politik der Importsubstitution. Dieselbe relative Stabilität ermöglichte auch den Aufbau einigermaßen stabiler Allianzen zwischen Nationalstaaten und Gruppen von Kapitalisten - jene Sorte von Allianzen, die begrifflich in den oben diskutierten Theorien festgehalten sind (militärisch-industrieller Komplex, staatsmonopolistischer Kapitalismus usw.) - und gleichermaßen zwischen dem Staat und bürokratisierten Arbeiterbewegungen, wie sie sich in den vielen Spielarten der korporatistischen politischen Entwicklung finden.⁹ Viele der theoretischen Konzeptionen des Staates, die immer noch gängig sind - besonders, wie oben diskutiert, die Abstraktion »des Staates« von der Welt - entsprangen der Erfahrung dieser Zeit, die auch eine Periode der raschen Expansion für die »Politikwissenschaft« und die Sozialwissenschaften allgemein war.

Das Ende des langen Nachkriegsbooms war auch das Ende der relativen Abschottung des Nationalstaates. Ab Mitte der sechziger Jahre gab es deutliche Signale wachsender Instabilität. Die Bedingungen, die die Produktion während der ganzen Nachkriegsperiode profitabel gemacht hatten, verschlechterten sich: Die Kosten, die mit der Ausbeutung der Arbeitskräfte einhergehen (oft als organische Zusammensetzung des Kapitals bezeichnet), stiegen, die Disziplin, die durch die Kriegszeit aufgebaut worden war, schwächte sich ab, die Staatsbürokratien, die mit dem bisherigen Entwicklungsmuster einhergingen, erwiesen sich für das Kapital als kostenträchtig. Investition in die Produktion wurde zu einem nicht mehr so sicheren Mittel, das Kapital zu expandieren. Es gab, mit anderen Worten, einen Überschuß an Kapital, eine Überakkumulation von Kapital. In den Jahren des Booms hatte eine schnelle Akkumulation von Kapital stattgefunden. Mehr Kapital war akkumuliert worden, als einen sicheren und profitablen Abfluß in produktive Investitionen finden konnte. Wenn dies geschieht, dann schwärmt das Kapital aus - wie bei den Bienen, wenn es nicht mehr genug Honig im Bienenstock gibt, um eine expandierende Population zu nähren, sich ein Teil erhebt und wegfliegt auf der Suche nach einer neuen Behausung.¹⁰ Genauer, Kapital nimmt die flüssige Form von Geld an und

9 Viele dieser Verknüpfungen sind in der regulationistischen Diskussion zum Fordismus analysiert worden, aber da die Regulationstheorie den Nationalstaat und nicht das globale Kapital als Bezugrahmen nimmt (vgl. Clarke 1987/1991; Hirsch 1992), ist es ihr nicht gelungen, diese Problematik zur Mobilität des Kapitals in Beziehung zu setzen. Die Orientierung der Regulationstheorie am Nationalstaat ist ein Reflex der Tatsache, daß der Nationalstaat in der Nachkriegsperiode eine wichtigere Rolle bei der Eindämmung der Arbeiterbewegung gespielt hat als jemals zuvor. Aber weil der Nationalstaat in der Regulationstheorie als gegeben betrachtet wird, bleibt dies theoretisch gänzlich unverarbeitet.

10 Hier werden schamlos Metaphern gemischt. Aber Flüsse und Bienen sind genug.

durchströmt die ganze Welt auf der Suche nach einem Weg, Profit zu machen. Anstatt sich in den Backsteinen, den Maschinen und Arbeitskräften der produktiven Investition zu verkörpern, fließt es in die Suche nach spekulativen, oft sehr kurzfristigen Mitteln der Expansion. Viele der Fabriken, die nun unprofitabel geworden sind, werden geschlossen und die Gebäude und Maschinen verkauft. Das freigesetzte Kapital bleibt als Geld übrig, das in produktive Investitionen anderswo verwandelt werden kann, aber wahrscheinlicher in der Geldform bleibt, solange die Bedingungen für produktive Investition relativ ungünstig bleiben. Die Schwierigkeiten in der Produktion drücken sich sowohl in einem Anstieg des Geldangebots aus, da ehemals produktives Kapital sich in Geld transformiert und sich als Kredit anbietet, als auch in der Nachfrage nach Geld, da das Kapital, das in der Produktion verbleibt, versucht, Schwierigkeiten durch Kreditaufnahme zu lösen, und die Staaten versuchen, die wachsenden sozialen Spannungen durch zunehmende Verschuldung zu dämpfen.

Die Krise der Produktionsverhältnisse drückt sich in der Verflüssigung von Kapital aus. Es gibt einen scharfen Wandel der Beziehung von produktivem Kapital und Geldkapital:¹¹ Geld, anstatt der Produktion scheinbar untergeordnet zu sein, erscheint nun als Selbstzweck. Der Kapitalfluß, vormals relativ stabil, wird zu einem schnellen Strom und dieser Strom schwemmt die Institutionen und die Selbstverständlichkeiten der Nachkriegszeit hinweg. Eine der ersten Säulen der Nachkriegswelt, die zerbrach, war das Bretton-Woods-System fester Wechselkurse, das auf einem festen Verhältnis von Dollar und Gold beruhte. Der rasche Anstieg der Dollarmengen außerhalb der Vereinigten Staaten (und außerhalb der Regulationsmacht irgendeines Nationalstaats), der sogenannten Eurodollars in den 60er Jahren, führte zur Unterminierung der Position des Dollars und zur Aufgabe des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1971, das schließlich durch ein System floatender Wechselkurse ersetzt wurde. Der Zusammenbruch fester Wechselkurse bedeutet, daß Nationalstaaten jetzt viel direkter dem Strom des Weltgeldes ausgesetzt sind: Der Einsatz einer für die Interessen des Kapitals offensichtlich schädlichen Politik führt jetzt viel schneller zu Reaktionen auf den Geldmärkten und zur Schwächung der Landeswährung (Clarke 1988; Bonefeld 1990).

Der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods ist nur der erste Schritt. Das rasche Wachstum der globalen Geldmärkte während der 70er und 80er Jahre und die schnellere Geldbewegung, die durch den Einsatz neuer Techniken erleichtert wird, hat drastische Konsequenzen für die Or-

11 Für eine viel detailliertere Erklärung des hier geschilderten Prozesses vgl. Bonefeld (1990), dem dieser Artikel einiges verdankt.

ganisation der Nationalstaaten. Nationalstaaten versuchen, Kapital anzuziehen und in ihren Grenzen zu halten. Was das heißt, ändert sich radikal mit der neuen Liquidität von Kapital. Die Konkurrenz zwischen den Staaten um die Attraktion ihres Kapitalanteils verschärft sich deutlich und verpflichtet alle Staaten, neue Wege zu suchen, um sich für Kapital attraktiv zu machen. Die Tatsache, daß ein viel größerer Teil des Kapitals auf kurzfristiger Basis investiert wird, heißt, daß die Staaten unter dem ständigen Druck stehen, Bedingungen aufrechtzuerhalten, die das Kapital auf ihrem Territorium halten. Die alten Ideologien verschwinden: Die neue Herrschaft des Geldes findet Ausdruck in den neuen Ideologien des Neoliberalismus, der Angebotstheorie, des Monetarismus, die alle auf die eine oder andere Weise sagen, daß sich der Staat zurückziehen muß, daß Markt und Geld die Herrschaft übernehmen müssen. Die alten Allianzen verschwinden. Die etablierten Bande zwischen Gruppen von Kapitalisten und dem Staat werden zunehmend als Hindernis betrachtet, wenn einmal die Einsicht gewonnen ist, daß Kapital in seiner Geldform sich an keine Gruppe von Leuten und keine bestimmte Tätigkeit bindet. Die Formen korporatistischer Herrschaft durch die Gewerkschaften geraten ebenfalls unter Druck: Was nötig ist, um Weltgeld anzuziehen, ist eine neue Organisation der Arbeit, eine neue Flexibilität und Disziplin, die unvereinbar ist mit den alten Gewerkschaftsstrukturen, eine neue Art »die Verbeugung zu lernen« (vgl. Pelaez und Holloway 1990/1991). Geld, in seinem verzweifelten Bemühen, sich auszudehnen, erzwingt die Öffnung von Bereichen, die für privatkapitalistische Investitionen einst verschlossen waren: Überall werden Tätigkeitshereiche, die einmal von den Nationalstaaten kontrolliert wurden, privatisiert, dem Geldstrom auf der Suche nach einer profitablen Behausung geöffnet. Selbst die solideste der Bastionen, die Sowjetunion, wird vom Geld geöffnet und auseinandergerissen.

Und dann gibt es noch die Schulden. Die Transformation von Kapital in seine Geldform bedeutet, daß ein Großteil des Geldes zum Verleih angeboten wird, daß es in Kredit und Schulden verwandelt wird. Die letzten Jahre des Nachkriegsbooms wurden durch eine rasche Ausdehnung der Schulden getragen. In den späten 70er Jahren, nachdem die Krise der Profitabilität in den reichen Ländern offenkundig geworden und monetäre Austerität verkündet worden war, strömte die Geldflut nach Süden, besonders nach Lateinamerika, bot sich Regierungen an, die nach einem Mittel zur Eindämmung der sozialen Spannungen suchten, und verwandelte sich in Schulden. Als nach der Erklärung der mexikanischen Regierung 1982, daß es Schwierigkeiten bei der Rückzahlung gebe, klar wurde, daß Lateinamerika kein sicherer Ort für Kreditgelder ist, floß das Geld wieder nach Norden, zerbrach die kurzlebigen Versuche einer strengen monetären Kon-

trolle in den Vereinigten Staaten und veranlaßte eine massive Erhöhung der Konsumentenverschuldung und, besonders in den Vereinigten Staaten, der von den Militärausgaben angeführten Haushaltsschulden. Mit den Schulden einher geht eine neue Schuldenpolitik, auf internationaler wie innenpolitischer Ebene (vgl. Holloway 1990; Cleaver 1989). Schuldenwachstum heißt verschärfte Diskriminierung zwischen jenen, die kreditwürdig und jenen, die es nicht sind, eine neue Spaltung, die sich weltweit auf erschreckende Weise sowohl zwischen Nationalstaaten als auch innergesellschaftlich kundtut. Für Schuldner, ob privat oder staatlich, bedeuten Schulden eine härtere Unterwerfung unters Geld.

Der Nationalstaat ist nicht mehr, was er einmal war. Als Moment des globalen Kapitalverhältnisses hat er nicht mehr dieselbe Bedeutung; Es hat eine interne Verschiebung der Formen kapitalistischer Herrschaft stattgefunden. Es gibt, wie Maratti es ausdrückt, »eine Verschiebung staatlicher Macht hin zur globalen Ebene - der Ebene, auf der der monetäre Terrorismus operiert« (Maratti 1976, S. 107). Politische Entscheidungen, die auf der Ebene des Nationalstaats getroffen werden, sind nun direkter in die globale Kapitalbewegung eingebunden. In diesem Sinne kann gesagt werden, daß der Nationalstaat ausgehöhlt ist. Auch die Demokratie, wo sie existiert, ist ausgehöhlt: Da politische Entscheidungen auf jeden Fall direkter dem globalen Kapital unterworfen sind, wird es leichter, die demokratischen politischen Formen mit den Interessen des Kapitals zu versöhnen. Diese Aushöhlung der Demokratie ist, wie Cavarrozi u.a. (1992) zeigen, der Schlüssel, um zu verstehen, warum die Verbreitung der Demokratie in Lateinamerika in den letzten Jahren einhergegangen ist mit zunehmender Armut und sozialer Ungleichheit (natürlich sind diese nicht auf Lateinamerika beschränkt). Die Aushöhlung der Demokratie bringt jedoch auch Probleme mit sich. Die Unterwerfung des Nationalstaats unter das globale Kapital macht die Aufteilung der Gesellschaft in Nationalstaaten schwieriger und gibt Anlaß zu Spannungen, wie sie auf sehr unterschiedliche Weise deutlich werden in den gegenwärtigen Schwierigkeiten der venezolanischen Regierung, dem Sturz von Thatcher in Großbritannien, oder der jüngsten Rede des mexikanischen Präsidenten Salinas, der seinen patriotischen »sozialen Liberalismus« vom Neoliberalismus abgrenzte, der kein nationales Gefühl kenne.

Bei all dem erscheint das Kapitals allmächtig. Geld ist die frechste, arroganteste Form des Kapitals. Seine mannigfachen weltweiten Erfolge sind bekannt. Und doch ist die Herrschaft des Geldes die Manifestation der Schwäche des Kapitals. Auch Bienen im Schwarm sind die frechtesten, arrogantesten Formen von Bienen, doch sie sind im Schwarm, eben weil es nicht genug Honig gab. Geld herrscht, weil die Produktion aufgehört hat,

so attraktiv für das Kapital zu sein, aber letztlich ist es die Produktion und nur die Produktion, die den Honig liefert: Produktion ist die einzige Quelle der Ausdehnung des Kapitals. Nicht die Auflösung alter Formen durch Geld oder die »Reform des Staates« sind der Schlüssel zur Wiedergenesung des Kapitals, sondern die Neuorganisation der Produktion, die re-strukturierte Unterwerfung der Macht der Arbeit unter das Kapital; und trotz aller Veränderungen in der Organisation der Produktion, und trotz der aggressiven Politik des Kapitals während der letzten zehn oder fünfzehn Jahre ist nicht klar, ob es dieses Ziel schon erreicht hat. Bienen, die zu lange ausschwärmen, verhungern. Die schwache Basis der Herrschaft des Geldes ist in den Jahren seit dem Börsen-Crash von 1987 zunehmend deutlich geworden: Der Zusammenbruch so vieler Banken und Finanzinstitutionen in einer unaufhörlichen Folge von Skandalen in allen Finanzzentren hat es erwiesen. Viele der ausgeschwärmten Bienen sind tatsächlich gestorben und sterben weiter in der »Kreditklemme«, die im Zentrum der gegenwärtigen Rezession liegt. Ob diese Zerstörung überakkumulierten Kapitals ausreicht, um die globale Basis für die Wiederherstellung einer gesunden kapitalistischen Produktion zu schaffen, bleibt allerdings zweifelhaft, und es scheint zunehmend unwahrscheinlich, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion die erhoffte Lösung bringt. Die tiefe Rezession, die von allen scheinbar mächtigsten »Ökonomien« in den letzten Jahren durchgemacht wurde, läßt alle Behauptungen, daß der Kapitalismus sich in eine neue Phase profitabler Produktion hineinentwickelt (manchmal als Post-Fordismus bezeichnet), wenig überzeugend erscheinen. Der vieldiskutierte Kapitalfluß nach Südamerika in den letzten ein oder zwei Jahren ist wahrscheinlich eher eine Umlenkung des Kapitalstroms (weg von den gegenwärtig nicht attraktiven Bedingungen in anderen Ländern) als die regionale Lösung der Schwierigkeiten des Kapitals. Es sieht so aus, als ob die Welt weiterhin unter der Gewalt und Launenhaftigkeit der nationalen (und internationalen) Politik der globalen Überakkumulation leiden wird.

Literatur:

- Archila M. (Koord.) 1980: *Des Estado Instrumento a la Forma-Estado*, Bogota.
- Barker, C. 1978/1991: A Note on the Theory of Capitalist States, *Capital & Class*, No.4 (repr. in Clarke 1991).
- Bonefeld, W. 1990: *The State Form and the Development of the State under Monetarism*, PhD Thesis, University of Edinburgh.
- Bonefeld, W., Gunn R., Psychopedis, K. (eds.) 1992: *Open Marxism*, London.
- Bonefeld, W., Holloway, J. (eds.) 1991: *Post-Fordism and Social Form. A Marxist Debate on the Post-Fordist State*, London.
- Braunmühl, C. v. 1974: Kapitalakkumulation und Weltmarktzusammenhang, in *Gesellschaft I*, Pfm.
- Braunmühl, C. v. 1978: On the Analysis of the Bourgeois Nation-State within the World Market Context, in Holloway, J., Piccioto, S. (eds.) 1978.
- Cavarozzi M. et. al. 1992: Rethinking Development Theories in Latin America (unpubl.paper, FLACSO, Mexico City).
- Clarke, S. 1988/1991: Overaccumulation, Class Struggle, and the Regulation Approach, *Capital & Class*, No. 36 (repr. in Bonefeld, Holloway 1991).
- Clarke, S. 1988: *Keynesianism, Monetarism and the Crisis of the State*, London.
- Clarke, S. 1991: *The State Debate*, London.
- Cleaver, H. 1989: Close the IMF, abolish debt and end development: a class analysis of the international debt crisis, *Capital & Class*, No. 39.
- Criticas de la Economia Politica* 1979, No. 12/13: Estado y Capital, Mexico City
- Criticas de la Economia Politica* 1980, No. 16/17 Historia y teoria des Estado, Mexico City
- Dabat, A. 1992 Capitalismos Mundai y Capitalismos Nacionales, Mexico City.
- Evers, T. 1979: *Es Estado en la Periferia Capitalista*, Mexico City.
- Fausto, R. 1987: *Marx: Logica e Política*, Rio de Janeiro.
- Gerstenberger, H. 1990: *Die subjektlose Gewalt: Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster.
- Hirsch, J. 1974/1978: The State Apparatus and Social Reproduction, in Holloway, Piccioto.
- Hirsch, J. 1992: Regulationstheoretische Interpretationen des Verhältnisses von Kapital, Staat und Weltmarkt, (Ms.).
- Holloway, J. 1980/1991: The State and Everyday Struggle, in Clarke 1991.
- Holloway, J. 1990: The Politics of Debt, *Common Sense*, No. 9, Edingburgh.
- Holloway, J. 1991: Capital is Class Struggle (And Bears are not Cuddly), in Bonefeld, Holloway 1991.
- Holloway, J. 1992: Crisis, Fetishism, Class Decomposition, in Bonefeld, Gunn, Psychopedis 1992.
- Holloway, J. 1992a: Es auge y las Caida del Keynesianismo, *Relaciones*, No. 6, Mexico City.
- Holloway, J., Piccioto, S. 1977/1991: Capital, Crisis and the State, *Capital & Class*, No. 2 (repr. in Clarke 1991).
- Holloway, J., Piccioto, S. 1978: *State and Capital: A Marxist Debate*, London.
- Jessop, B. 1991: Polar Bears and Class Struggle: Much Less than a Self-Criticism, in Bonefeld, Holloway 1991.
- Marazzi, C. 1977: Money and the World Crisis, *Zerowork*, No. 2.
- Murray, R. 1971: The Internationalization of Capital and the Nation State, *New Left Review*, No. 67.
- Paschukanis, E. 1923/1970: *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, Ffm.

- Pelaez, E., Holloway, J. 1990/1991: Learning to Bow: Postfordism and Technological Determinism, *Science as Culture*, No. 8 (repr. in Bonefeld, Holloway 1991).
- Picciotto, S. 1985/1991: The Internationalisation of Capital and the International State System, CSE Conference Papers (repr. in Clarke 1991).
- Rojay, E., Monoyo, V. (Coord.) 1980: *Crisis Permanente des Estado Capitalista*, Bogota.
- Sanchez Susarrey, J. 1986: *La Forma Estado, la Forma Mercancia*, Universidad Duadaljara.
- Vincent, J.M. 1975: *L'Etat Contemporain et la Marxisme*, Paris.

Übersetzt aus dem Englischen von Klaus Fritz

PROKLA 91 (Juni 1993): »Neues Deutschland«

Eine fatale Mischung aus falschen Versprechungen, unrealistischen Wohlstandserwartungen und einer abenteuerlichen »Schocktherapie« hat das neue Deutschland in eine Vereinigungskrise mit unabsehbaren Langzeitfolgen gestürzt. Die Neuaufgabe der fünfziger Jahre will nicht gelingen, ein zweites Wirtschaftswunder ist nicht in Sicht. Der Vereinigungskeynesianismus ist in der Konsumwelt verpufft. Seine einseitige Finanzierung über die Sozialkassen und eine Steuerreform zugunsten der höheren Einkommensklassen setzen ein düsteres Zeichen vor die nachträgliche Inszenierung eines »Solidarpakts«. Läßt sich angesichts der brisanten Überlagerung von sozialer Rhetorik und nationalistischem Programm noch ein linker Standpunkt bestimmen? Wie weit sollen sich die Gewerkschaften, denen ein politisches Mandat bislang stets abgesprochen wurde, in die »nationale Pflicht« nehmen lassen? Kann sich die Sozialdemokratie vom ewigen Komplex eines vaterlandslosen Gesellen befreien?